

Niedersachsen, ein Wechsel ohne Not

Autor(en): **Reventlow, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **55 (1976)**

Heft 3

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339147>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Niedersachsen, ein Wechsel ohne Not

Im Lande Niedersachsen hatte die SPD die Mehrheit verloren. Wie auch anderwärts tröstete sie sich damit, dass die Koalition mit der liberalen FDP immerhin eine regierungsfähige Mehrheit von . . . einer Stimme im neuen Landtag ergebe. Gestützt auf diese Mehrheit meinte der sozialdemokratische Ministerpräsident Kubel zur Halbzeit der Legislaturperiode, es sei des Regierens genug für ihn. Er trat zurück. Programmgemäss und in der Koalition vereinbart, sollte der bisherige Finanzminister Kasimier dieses Amt übernehmen. Niemand kam auf böse Gedanken. Es war ja alles vereinbart, und die eine Stimme Mehrheit war Garant, dass alles programmgemäss verlaufe.

Doch dem war nicht so. Von den sozialliberalen Abgeordneten stimmten zwei nicht mit. Die Mehrheit geriet in die Minderheit. Kasimier wurde nicht gewählt. Lähmendes Entsetzen befiel die Koalition, die sich Rechenschaft abzulegen versuchte. Beide Fraktionen, die FDP und die SPD berieten und stimmten ab. Einstimmig – diesmal in offener Abstimmung – bestätigten sie Kasimier als Kandidaten für eine alsbald angesetzte neue Abstimmung. Bei diesem zweiten Versuch, die Koalition in der Macht zu halten, gab es nicht nur zwei Enthaltungen, sondern sogar eine Stimme mehr für den Kandidaten der CDU, Dr. Albrecht, eine Stimme mehr als seine Fraktion zählte. So hatte Niedersachsen eine geschäftsführende sozial-liberale Regierung und einen christdemokratischen Ministerpräsidenten. Laut Verfassung hatte dieser Ministerpräsident nun einundzwanzig Tage Zeit, eine neue Regierung vorzustellen und, so die Verfassung, jeden Minister mit qualifizierter Mehrheit vom Landtag wählen zu lassen. Natürlich verliefen diese einundzwanzig Tage ohne Ergebnis. Der Plan des Dr. Albrecht, die FDP ohne weiteres zu einem Bündnis mit der CDU zu bewegen, liess sich angesichts des Widerstandes der Liberalen nicht verwirklichen. Währenddem ging das Rätselraten, wer die Dissidenten seien, weiter, ohne Ergebnis. Unbewegt bestätigten die beiden Fraktionen – immerzu einstimmig – ihre Haltung und «Treue» zur sozialliberalen Koalition, auch dann als Kasimier, von den beiden Abstimmungsniederlagen und den Zweifeln an den Genossen, die ihm in Fraktionssitzungen stets ihrer Stimme versicherten, auf eine dritte Kandidatur verzichtete. Die SPD präsentierte nun den Bundes-Wohnbauminister Ravens. Zwar kam Ravens nicht aus der Landespolitik, aber er war ein echter Sohn Niedersachsens und wohnte, abseits der Grossstädte in einem kleinen Dorf, in dem er sich sein Einfamilienhaus mit eigenen Händen gebaut hatte, kannte also Milieu und Politik im Lande. Auch er bekam von beiden Fraktionen in offener Abstimmung das Vertrauen ausgesprochen, und auch er unterlag, als nach den einundzwanzig Tagen erneut eine

Ministerpräsidentenwahl stattfand. Eine Enthaltung und zwei Stimmen mehr für den Christdemokraten Dr. Albrecht vereitelten die Wiederinbesitznahme der politischen Macht durch die sozial-liberale Koalition.

Mit Dr. Albrecht hatte die CDU einen Kandidaten für den Ministerpräsidenten bestimmt, der zweifellos Fähigkeiten besitzt. Ehedem Beamter der Europäischen Gemeinschaft zog man ihn von dort ab und verschaffte ihm einen wirtschaftsberatenden Posten in der Keksfabrik Bahlsen, die in Hannover fast die Rolle von Krupp in Essen spielt. Er sieht gut aus, spricht präzise und handelt überlegt. Er kandidierte – mit steigendem Erfolg – und bildet nun eine CDU-Regierung, die natürlich eine Minderheitsregierung ist. Eindeutig geht sein Ziel darauf aus, die FDP zu einer Koalition zu bewegen. Eine solche Regierung würde im Bundesrat, der nicht wie in Österreich gewählt wird, eine Mehrheit von 15 Stimmen – statt bislang einer Stimme – bringen und damit entscheidendes Gewicht in der Bundespolitik gewinnen. Vielleicht würde er sogar darauf eingehen, die Stimmen Niedersachsens für Enthaltung bei den Polenverträgen abgeben zu lassen. Wenn dann auch, wie vorauszusehen ist, das Saarland nicht gegen diese Verträge stimmt, würden diese vielumstrittenen Verträge¹ nicht am Bundesrat scheitern, aber dennoch in der öffentlichen Meinung als gegen die CDU durchgesetzt erscheinen. Bisher hat die niedersächsische FDP sich bereits von der sozial-liberalen Koalition freigeredet. Obwohl man bezüglich der Dissidenten in den geheimen Abstimmungen total im Dunklen tappt, ist es nicht von der Hand zu weisen, dass sie aus dem freidemokratischen Lager kommen. Obwohl manches die FDP mit der SPD verknüpft, so die kommende Ehegesetzreform und die Abtreibungsfrage, gibt es doch in den freidemokratischen Reihen zweifelsohne eine Strömung, die lieber mit der CDU als mit der SPD Politik treiben würde. Im letzten Landtagswahlkampf hat der Bundes-Wirtschaftsminister Friedrichs offen für die Möglichkeit einer Koalition mit der rheinland-pfälzischen CDU plädiert. Sie kam nicht zustande, weil die CDU stark genug war, um Koalitionshilfe nicht zu brauchen. Und der baden-württembergische FDP-Vorsitzende Bangemann musste sogar sein Ehrenamt als Bundes-Generalsekretär niederlegen, weil er in seinem Stammland ähnliche Tendenzen verfolgte. Zwar kann man annehmen, dass bundesweit in der Mehrheit die FDP mehrheitlich für eine Bindung an die SPD eintritt, aber in der Tendenz ist ein Revirement nicht ausgeschlossen, zumal wenn es auf einem Nebenkriegsschauplatz stattfindet und mit einem Ergebnis zugunsten der sozial-liberalen Bundespolitik begründet werden könnte.

¹ Im Saarland besteht seit den letzten Landtagswahlen Stimmengleichheit zwischen der CDU und der sozial-liberalen Koalition. Derzeit toleriert aber die christdemokratische Regierung Roeder in offensichtlicher Erwartung einer günstigen Stimmabgabe für die Polenverträge im Bundesrat.